

Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal

Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Hans Kremendahl

Es informiert Sie Heike Blümmel
Anschrift Pannewiese 1
42275 Wuppertal
Telefon (0202) 563 4052
Fax (0202) 563 5223
E-Mail heike.bluemmel@cdu-wuppertal.de
Datum 07.07.2004

Anfrage

Drucks. Nr. VO/3284/04
öffentlich

Zur Sitzung am 19.07.2004 Gremium
Rat der Stadt Wuppertal

Resolution Lückenschluss L 419 - Aktueller Sachstandsbericht

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal beantragt, die Verwaltung der Stadt Wuppertal möge in der Sitzung des Rates am 19. Juli 2004 folgende Fragen beantworten:

1. Welche Auswirkungen hat die Einstellung der generellen weiteren Planung des Lückenschlusses von Lichtscheid bis zur Bundesautobahn A 1 mit dem Hinweis auf den Status des Landesstraßenbedarfsplanes (Stufe II) durch das Land Nordrhein-Westfalen auf die Realisierung der L 419 n?
2. Wie weit sind die auf der Grundlage einer seitens des Landes durchgeführten Verkehrsuntersuchung angestellten Überlegungen zur Ertüchtigung des Zwischenzustandes (Freigabe Burgholztunnel) und zur Erschließung Kasernengeländes im Bereich des Kreisels Lichtscheid und des GOH-Kasernen-Konversionsgeländes gediehen?
3. War die Verwaltung der Stadt Wuppertal in die seitens des Landes durchgeführten Verkehrsuntersuchung eingebunden? Wenn ja, in welcher Art und Weise?
4. Welche konkreten Ergebnisse der im Nachgang an die Resolution des Rates der Stadt Wuppertal im Jahre 2002 auf Verwaltungsebene eingesetzten Arbeitsgruppe – bestehend

aus Vertretern des Verkehrsministeriums NRW, der Stadt und des Landesbetriebs Straßenbau – zum Aus- und Neubau der L 419 im Stadtgebiet Wuppertal liegen vor?

5. Wie sind diese Ergebnisse aus Sicht der Verwaltung zu werten?

6. Sieht die Verwaltung einen Zusammenhang zwischen den Ausfällen der LKW-Maut auf Bundesebene und der mangelnden Realisierung der L 419 n?

7. Gibt es von Seiten der Verwaltung bzw. des Oberbürgermeisters aktuelle Bemühungen, die abschließenden Planungen für den Aus- bzw. Neubau der L 419 n zügig in die Wege leiten zu können und die Realisierung des Projektes zu gewährleisten?

8. Sieht die Verwaltung aktuellen Handlungsbedarf seitens des Rates der Stadt Wuppertal, um die Bemühungen der Verwaltung zur schnellstmöglichen Realisierung der L 419 n zu unterstützen? Wenn ja, welche?

9. Sieht die Verwaltung rechtliche Möglichkeiten, den Aus- und Neubau der L 419 zu beschleunigen? Wenn ja, welche?

10. Wie beurteilt die Verwaltung das Verhalten der Landesregierung im Zusammenhang mit dem Aus- und Neubau der L 419 n?

11. Wann rechnet die Verwaltung realistisch mit dem Beginn der konkreten Baumaßnahme L 419 n?

Begründung:

In seiner Sitzung am 18. Februar 2002 hat der Rat der Stadt Wuppertal mit den Stimmen aller Fraktionen eine Resolution verabschiedet, in der sowohl der Landesverkehrsminister als auch der Verkehrsausschuss des Landtags Nordrhein-Westfalen mit Nachdruck gebeten wurden, die L 419 bei der geplanten Fortschreibung des Landesverkehrsbedarfsplans in die Dringlichkeitsstufe 1 anzuheben. Auf diesem Wege sollten die weitere Detailplanung und die Realisierung dieses vordringlichen Straßenbauvorhabens gesichert werden.

Die Bezirksvertretung Ronsdorf hat in ihrer Sitzung am 2. Februar 2004 im Rahmen des Tagesordnungspunktes "Gewerbepark auf dem Gelände der ehemaligen GOH-Kaserne" auf

der Grundlage eines entsprechenden Antrages der CDU-Fraktion in der Bezirksvertretung Ronsdorf einstimmig eine Resolution beschlossen, die sich für einen vierspurigen Ausbau der L 419 mit Anschluss an die A 1 (Abstieg Blombachtal) ausspricht und sowohl dem Präsidenten des Landtages Nordrhein-Westfalen als auch dem Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen übersandt wurde.

Im aktuellen Statusbericht des Ratsinformationssystems der Stadt Wuppertal lässt sich nunmehr nachlesen, die generelle weitere Planung des Lückenschlusses von Lichtscheid bis BAB A 1 sei seitens des Landes mit Verweis auf den Status des Landesstraßenbedarfsplanes (Stufe II) und die anstehende Fortschreibung auf Landesebene bis auf weiteres eingestellt worden. Ferner würden derzeit im Bereich des Kreisels Lichtscheid und des GOH-Kasernen-Konversionsgeländes allerdings auf der Grundlage einer seitens des Landes durchgeführten Verkehrsuntersuchung Überlegungen zur Ertüchtigung des Zwischenzustandes (Freigabe Burgholztunnel) und Erschließung Kasernengelände angestellt.

Diese Mitteilung der Verwaltung führt zu den oben gestellten Nachfragen.

Mit freundlichen Grüßen

Bernhard Simon
Fraktionsvorsitzender